

Synopse der Antworten der FDP, Bündnis90/Die Grünen, der CDU und der SPD zu den Wahlprüfsteinen Medienbildung der GMK Landesgruppe Berlin-Brandenburg der GMK- Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V., der Landesarbeitsgemeinschaft Medienarbeit e.V. Berlin und der AG Medienbildung der GEW Berlin zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 26.9.2021

- (1) Welche Vorschläge hat Ihre Fraktion, um eine verbindliche und breitenwirksame Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und außerschulische pädagogische Fachkräfte im Bereich der Medienbildung sicherzustellen?

FDP

Die Herausforderung der Medienpädagogik sind vielfältig. Es geht dabei nicht nur um den Umgang mit körperlichen (Printmedien wie Büchern, Bild- und Tonträgern) und unkörperlichen Medien (übertragbare Dateien und flüchtige Rundfunk und Streamingbeiträge), sondern auch um die (altersgerechte) Schulung zur kritischen Einordnung und Bewertung des Einsatzes und Inhalts der genutzten Medien.

Weiterbildung und Fortbildung tragen maßgeblich zur Sicherung der pädagogischen Qualität für das Leitbild des qualitätsgesteuerten Unterrichts bei. Daher setzen wir uns für **verpflichtende, bedarfsgerechte Fortbildungsveranstaltungen für sämtliche Lehrkräfte ein, von denen sie ein bestimmtes Kontingent im Jahr erfüllen müssen, und werden ihre Erfüllung regelmäßig überprüfen.**

Die besten Lehrkräfte brauchen beste Arbeitsbedingungen. Moderne, komfortable Arbeitsplätze für didaktisch wertvollen Medieneinsatz und digitalisierte Verwaltungsaufgaben, Leistungsanreize sowie insgesamt mehr digitalisierte Prozesse und weniger Bürokratie sind wichtige Schritte, um Berlin für Lehrerinnen und Lehrer attraktiv zu machen.

Wir wollen die Vorzüge multiprofessioneller Teams für die Bildungseinrichtungen wirksam machen. Dazu gehört insbesondere, dass zu, **Beispiel Lehrkräfte ihre pädagogische Kernkompetenz zur Geltung bringen und dafür bei nur administrativer Arbeit entlastet werden.**

Bündnis90/Die Grünen

Ein wichtiges Ziel der kommenden Wahlperiode ist es, das **Fort- und Weiterbildungssystem des Landes Berlin grundsätzlich neu aufzustellen.** Dazu hat die Köller-Kommission wertvolle Hinweise geliefert. Ein wichtiger Bestandteil der **Neusortierung muss das Thema Digitalisierung und Medienbildung sein.** Die bestehende **schulgesetzliche Verpflichtung zur Fortbildung wollen wir gerade für diesen Bereich mit Leben füllen und dazu auch ganz neue Fortbildungsformate entwickeln – Stichwort: Blick über die Schulter und Einsatz von Medienpädagog*innen bzw. Transformationsmanager*innen.** Wichtig sind uns Teamfortbildungen im Kontext der grundsätzlichen **Förderung von Teamarbeit** an Schulen. So soll für **Entlastung der Pädagog*innen gesorgt, und auch gewährleistet werden, dass**

Schüler*innen unterschiedlicher Klassen gleich guten Unterricht erhalten. Auch wollen wir den **good practice Austausch zwischen den Schulen fördern.** Der Schulversuch Hybride Schule, der derzeit gestartet wird, ist dafür ein guter Ausgangspunkt. Ein weiterer Bestandteil des Austausches soll darin bestehen, ein Anreizsystem aufzusetzen für Vorschläge aus den schulischen Teams und ihren außerschulischen Partner*innen heraus.

CDU

Eine **optimale universitäre Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer** ist die Grundvoraussetzung für bestmögliche Zukunftschancen nachfolgender Schülergenerationen. Um **den unterschiedlichen Lern- und Förderansprüchen aller Schülerinnen und Schülern gerecht werden zu können, bedarf es nicht nur einer Aufstockung der Personalressourcen, sondern auch Qualitätsverbesserungen der Aus- und Fortbildungsangebote.** Unser Ziel lautet daher: **Fort- und Weiterbildungsangebote auszubauen sowie didaktische, digitale, fachliche Leistungsstandüberprüfungen einzuführen,** um Lehrkräfte fit für die Schule der Zukunft zu machen. Ein wichtiger Schwerpunkt der Fort- und Weiterbildung ist die Kompetenzerweiterung im Bereich der Digitalisierung sowie die Medienkompetenz. **Die universitäre Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss u.a. auch aus diesem Grund um den Erwerb digitaler Medienkompetenzen erweitert werden. Virtuelles Lehren und Lernen ist zu einem festen Bestandteil der universitären Ausbildung von Lehrkräften zu machen. Hierfür wollen wir für das Curriculum entsprechend anpassen.** Um unsere Schülerinnen und Schüler didaktisch anspruchsvoll unterrichten zu können, müssen die Lehrkräfte in der Lage sein, unsere Kinder in hybriden Unterrichtsmodellen bestmöglich zu unterstützen. **Auch die Fortbildungskonzepte für bereits tätige Lehrkräfte müssen angepasst werden.** Darüber hinaus **fordern wir die verpflichtende digitale Fortbildung für alle Lehrkräfte, die mit dem Erwerb eines Digital-Führerscheins abgeschlossen werden soll.**

LINKE

Das Lehrkräftebildungsgesetz und der neue Rahmenlehrplan für Berlin und Brandenburg mit dem Basiscurriculum Medienbildung sind nach wie vor wichtige Ansatzpunkte für eine konzeptionelle Neuausrichtung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und der weiteren pädagogischen Fachkräfte. Die Aufgabe, dass sie weit stärker als bisher auf die Entwicklung von Medienkompetenz der Lehrkräfte und der pädagogischen Fachkräfte und dabei insbesondere von Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien ausgerichtet werden muss, steht nach wie vor. **Das muss sich sowohl in den Studien- und Ausbildungsordnungen für die jeweiligen Lehramtsstudien- und weiteren Ausbildung- als auch in Weiterbildungsgängen als spezifischer Beitrag zur Entwicklung von Medienkompetenz wiederfinden.**

Im Landeswahlprogramm der Linken machen wir sehr deutlich, was wir wollen:

„Digitale Bildung dient der Förderung vernetzten Denkens und dem Erlernen moderner Kulturtechniken. Wir wollen die Rolle von Digitalkompetenzen in der pädagogischen Ausbildung und Fortbildungskonzepte für Pädagog:innen, Erzieher:innen und Kollegien stärken. Es braucht Professuren für Medienbildung sowie medienpädagogische

Fortbildungskonzepte. Gamification und Augmented Reality, wie sie etwa von medialepfade.org verfolgt werden, sind vielversprechende Ansätze dazu. Die Landesplattform für offene Bildungsressourcen (Open Educational Resources = OER) soll ausgebaut, die Erstellung von OER durch Lehrkräfte gefördert und auf Dauer ausfinanziert werden.

Wir wollen ein landesweites Bildungskompetenzzentrum sowie einen Beirat für digitale Bildung unter Beteiligung von Schulen, Bezirken, Universitäten, Wirtschaft etc. einrichten. Die Medienkompetenzzentren in den Bezirken wollen wir ausbauen.

Die IT-Beauftragten brauchen mehr Freistellungsstunden und sollen die Schulen aktiv bei der digitalen Schulentwicklung beraten und unterstützen. ... Die Lehrkräfteausbildung sowie die öffentlich finanzierte Fort- und Weiterbildung müssen verpflichtend den Auf- und Ausbau digitaler Kompetenzen beinhalten. In allen Phasen der Lehrkräftebildung sollte ein Fokus insbesondere auf Daten- und Datenschutz-Kompetenzen als Basis für die Auswahl und Anwendung von digitalen Lehr- und Lernmitteln sowie für den Umgang mit Algorithmen und künstlicher Intelligenz gelegt werden.“

SPD

Die Pandemie hat die Bedeutung digitaler Infrastrukturen hervorgehoben und den Nachholbedarf bei der Digitalisierung des Bildungswesens deutlich gemacht. Hier sieht die Berliner SPD ihren Auftrag für die nächsten Jahren. Wir wollen Berlins Digitalpolitik als Querschnittsaufgabe neu ausrichten und mit einer Digitalisierungsoffensive für Berlin digitales Mainstreaming in allen Bereichen der Stadtgesellschaft fördern, insbesondere jedoch im Bildungsbereich. Die Digitalisierungsoffensive in der pädagogischen Arbeit ist wie die Schulbauoffensive eine große gesamtstädtische Aufgabe mit geteilten Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken. Mit der fortschreitenden Digitalisierung muss sich auch die pädagogische Praxis ändern. Um das zu ermöglichen streben wir mittelfristig die digitale Lernmittelfreiheit an und entwickeln kurzfristig auf Landesebene ein sozialverträgliches Finanzierungsmodell „Endgeräte als Service“, aus welchem Schüler:innen Leihweise Geräte beziehen können. Dafür wollen wir uns auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule und für seine effiziente Umsetzung im Land Berlin einsetzen. Darüber hinaus erhalten alle Pädagog:innen ein mobiles Endgerät, das sie sowohl für den Unterricht als auch für ihre Verwaltungsaufgaben nutzen können. Unser Ziel ist es, die Lehr- und Lernprozesse zu individualisieren, Schüler:innen bestmöglich zu fördern, Lehrkräfte fortzubilden und zu entlasten und die Binnendifferenzierung im (digitalen) Unterricht zu verbessern. Dafür müssen tragfähige pädagogische Medienkonzepte und partizipative medienpädagogische Methoden entwickelt, erprobt, wissenschaftlich begleitet und ständig angepasst werden. Mit einer Open-Educational-Resources Strategie und einem attraktiven Anreizsystem motivieren wir Pädagog:innen, sich untereinander zu vernetzen und ihre digitalen Lerninhalte zu teilen. Die digitalen Kompetenzen der Pädagog:innen werden systematisch durch Fortbildungen gestärkt. Daher wird auch die Errichtung des landesweiten Fortbildungszentrums Priorität haben. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene für den Aufbau vernetzte Kompetenzzentren für digitales Lehren und Lernen aufbauen. Lehrer:innen

soll zudem der Zugang zu den Weiterbildungsmaßnahmen des „FOKUS Medienbildung“ nicht länger verwehrt oder ein gleichwertiges eigenes Angebot vom Land Berlin geschaffen werden, da es bis jetzt keine vergleichbaren Angebote gibt und digitale Medien einen immer höheren Stellenwert in der Schule haben.

(2) Wie sollte die Medienbildung in Kitas bildungspolitisch verbindlich verankert werden?

FDP

Die Qualität der frühkindlichen Bildung lebt vom pädagogischen Personal. Deswegen wollen wir den **Fachkräftemangel im Erziehungssektor bekämpfen und den Betreuungsschlüssel in Berliner Kitas deutlich verbessern**. Wir wollen von Beginn an gut ausgebildete Fachkräfte in den Berliner Kitas. Infolgedessen wollen wir, dass **das Berliner Bildungsprogramm in allen Ausbildungsformen in den entsprechenden Rahmenlehrplänen dauerhaft mit allen Lernbereichen verknüpft und überprüfbar wird**.

Wir wollen von Beginn an gut ausgebildete Fachkräfte in den Berliner Kitas. Sie brauchen hochwertige Lehr-, Lern- und Entwicklungsbedingungen. **Daher wollen wir, dass alle Fachkräfte auf bedarfsorientierte, verbindliche Fortbildungen zugreifen können**. Sprache ist der Schlüssel zur Bildung. Ihr kindgerecht-spielerischer Erwerb mit geeigneten Medien muss im Mittelpunkt der Anstrengungen vorschulischer Bildung stehen. Wir setzen uns dafür ein, jedes Kind zwischen dem dritten und vierten Lebensjahr verpflichtend einem standardisierten Sprachstandfeststellungsverfahren zu unterziehen, damit darauf aufbauend eine gezielte Sprachförderung mit Erfolgskontrollen stattfinden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass in jeder Kita ab dem ersten Tag eine **Sprachförderung** stattfindet. Die Finanzierung der Sprachförderung muss unabhängig von einer normierten Quote sein. Wir fordern die besondere Stärkung der Schuleingangsphase mittels einer Untermauerung der Entwicklungsdiagnostik für Sprachfähigkeit, Rechenfähigkeit und Selbstregulation. Dafür bedarf es **verbindlicher Sprachstandardtests** für alle Kinder im Alter von drei bis vier Jahren. Die Teilnahme an diesen Erhebungen ist verpflichtend, da Jahr für Jahr Hunderte Kinder durch das Raster fallen, weil die Teilnahme an den Tests nicht nachgehalten wird. Dies werden wir abstellen.

Bündnis90/Die Grünen

Das **Berliner Bildungsprogramm** für die Kitas ist der geeignete Ort, um das Thema zu verankern. Dieses sollte im **Hinblick auf kindgerechte Medienbildung überarbeitet** werden. Wichtig ist uns gerade im Hinblick auf altersgerechte Konzepte, noch mehr **wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet zu fördern, um neue Vorgaben abzusichern**.

CDU

Im Alltag von Kita- und Vorschulkindern spielen Medien eine wichtige Rolle: Ihnen wird vorgelesen, sie lauschen Hörbüchern, schauen Fern oder spielen an Computer und Konsole. Von daher sehen wir Bedarf, schon Kindergartenkinder an einen altersgerechten Umgang mit Medien heranzuführen. Medienerziehung ist dabei nicht nur eine Aufgabe der Eltern,

sondern auch der Erzieherinnen und Erzieher in Kindergarten und Kita. Deshalb sollen nach unserem Verständnis Angebote der frühkindlichen Medienbildung spielerisch in den kindlichen und pädagogischen Alltag integriert werden. **Außerdem sollte die Medienbildung fester Bestandteil der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher werden. Insbesondere können praxisnahe Schulungen dazu beitragen, die Arbeit mit digitalen Medien auch erfahrenen Erzieherinnen und Erziehern nahezubringen.**

LINKE

Die Konfrontation und der Umgang mit digitalen Medien prägen die kindliche Entwicklung von Anfang an. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder bereits in der Kita unterstützt werden, ihre Medienerlebnisse zu verarbeiten und sie an einen altersgerechten Medienumgang heranzuführen sowie ihre Eltern in Fragen der Medienerziehung und des Medienumgangs in der Familie zu unterstützen. **Wir wollen die Befähigung zur Nutzung moderner Medien in der Aus- und Weiterbildung von Erzieher*innen intensivieren, wobei die Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen ein Schwerpunktthema sein muss. Die Entwicklung von und Arbeit mit medienpädagogischen Konzepten wollen wir in jeder Kita über die pädagogischen Konzeptionen fest verankern.**

Dazu **wollen wir die Ausstattung von Kitas mit modernen Medien regelhaft ermöglichen**, um den Kontakt mit Eltern zu verbessern, die Arbeit zu erleichtern und die Kommunikation im Sozialraum zu sichern.

Um Multiplikationseffekte in der medienpädagogischen Elternarbeit zu erzielen, brauchen viele Eltern Unterstützungen bei der Medienerziehung.

Die meisten Kinder haben bereits sehr frühzeitigen Zugang zu Medien und lernen spielerisch deren Gebrauch- von Geschwistern, Eltern und im familiären und sozialräumlichen Umfeld. Doch die Chancen dazu sind ungleich verteilt. Zum einen aus sozialen Gründen oder weil Eltern ganz bewusst darauf verzichten. Die frühkindliche Förderung in Kita oder Tagesförderung soll jeweils die individuellen Voraussetzungen der Kinder berücksichtigen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung fördern, Benachteiligungen entgegenwirken und soziale Kompetenzen vermitteln – in enger Erziehungspartnerschaft mit den Eltern. Sie sollen auch wählen können zwischen den verschiedenen pädagogischen Konzepten der Träger und Einrichtungen. Dies gilt auch im Hinblick auf Art und Umfang der medienpädagogischen Kompetenzvermittlung.

DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass die Kapazitäten für die Ausbildung von Erzieher/innen ausgebaut werden, auch auf Hochschulebene. Wir fordern, die Medienpädagogik fest im Ausbildungsprogramm zu verankern und die Kompetenz zur Kommunikation und Elternarbeit zu verstärken. Wir treten dafür ein, dass die Potenziale der Mediennutzung erkannt werden und die Befähigung, sie im pädagogischen Alltag gezielt zu nutzen, z.B. für die Frühförderung von Kindern mit Behinderung, noch stärker ausgebildet werden. **Neben der Ausbildung müssen auch Angebote für Fort- und Weiterbildung bedarfsgerecht verstärkt werden.**

SPD

Egal ob Bilderbücher, Hörspiele, oder sprechende Stifte – Kinder gehen heute ganz selbstverständlich mit (digitalen) Medien um. Deshalb sind die kindgerechte Vermittlung von Medienkompetenz, digitale Bildung und die Förderung medienbezogener Aktivitäten im Kindesalter für uns ein unverzichtbarer Grundstein für ein gutes Aufwachsen. „Medienbildung von Anfang an“ – getreu diesem Leitprinzip tritt die Berliner SPD für eine Medienbildung ein, die bereits bei der Vorschulpädagogik ansetzt und sich über die Grund- und weiterführenden Schulen bis hin zur Hochschule durchzieht. In diesem Sinne ist Medienpädagogik für die Berliner SPD eine Querschnittsaufgabe zwischen Digitalpolitik und Bildungspolitik. Unser Ziel bleibt es, allen Kindern in Berlin, unabhängig von Herkunft, Bildung, sozialer Lage und finanziellen Mitteln ihrer Eltern, den Erwerb von Digitalkompetenzen zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen sie Fähigkeiten für eine aktive und kritische Mediennutzung erwerben. Dazu setzen wir uns dafür ein, Erzieher:innen stärker für medienpädagogische Ansätze in der Frühbildung zu sensibilisieren und mediendidaktische Inhalte als integralen Bestandteil der Erzieher:innenausbildung zu verankern.

- (3) Welche unterstützenden Maßnahmen zur verbindlichen Verankerung der Medienbildung im Schulalltag schlagen Sie über das Basiscurriculum Medienbildung hinaus vor? Welche Rolle spielen dabei aus Ihrer Sicht außerschulische Partner*innen?

FDP

Digitale Pädagogik muss als Teil der Lehrerausbildung an Hochschulen vermittelt und die Nutzung von digitalen Arbeitsmethoden zum festen Bestandteil des Studiums werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die **Berliner Hochschulen die Lehrerbildungsstandards der Kultusministerkonferenz von 2019 sofort in Lehrinhalte umsetzen** und künftige Anpassungen ebenfalls innerhalb eines Jahres in die Praxis implementieren, um auch die Bildungsforschung und Bildungslehre in Berlin zu stärken. Digitalkompetenz, ein Verständnis für grundlegende Zusammenhänge des Staatswesens sowie unserer Demokratie, eine grundlegende Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge, finanzielle Bildung und Rechtskunde sind unerlässlich, um heutzutage selbstbestimmt den eigenen Lebensweg zu bestreiten. Deshalb wollen wir **Datenkunde und Wirtschaft** in die Rahmenlehrpläne über alle Schulstufen hinweg aufnehmen.

Bündnis90/Die Grünen

Das Basiscurriculum bildet die umfassenden Veränderungen nicht allein ab. Die Digitalisierung erfasst alle Bereiche von Schule: die verwaltenden Tätigkeiten, die verschiedenen schulischen Kommunikationsebenen sowie den Unterricht. Letzteren sowohl in seiner äußeren Form als auch im Inhalt. Hierzu befinden wir uns mitten in einem großen Transformationsprozess. Diesen wollen wir mit einem **systematischen Ausbau der IT-Betreuung durch IT-Administrator*innen technisch absichern und durch den Einsatz von Medienpädagog*innen bzw. Transformationsmanager*innen auf der pädagogischen Seite unterstützen. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die außerschulischen Partner*innen. Co-Teaching-Formate und Blick-über-die-Schule bei den Aktivitäten von Schüler*innen scheinen uns die nachhaltigsten Formen der Medienbildung zu sein. Der Medienbildung im**

Sinne des Basiscurriculums kommt dann vor allem die wichtige Rolle zu, sich inhaltlich kritisch mit den Möglichkeiten und Konsequenzen von Gamification, Codifizierung, Künstlicher Intelligenz etc. auseinander zu setzen.

CDU

Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation in der digitalen Welt, denn Medien prägen den Alltag von Kindern und Jugendlichen in nie gekannter Weise. Medienkompetenz ist dabei mehr als Technikkompetenz. Denn sie muss auch **dazu befähigen, mit einer wachsenden Menge von Informationen im Netz differenziert und kritisch umzugehen, Angebote sach- und interessengerecht zu bewerten und selbst in angemessener Form zu kommunizieren.** Wir wollen, dass unsere Kinder im Laufe ihrer Schullaufbahn nicht nur **altersgerecht Grundlagen des Programmierens erwerben, sondern auch das lernen, was Computer nicht können: Fragen stellen, abwägen und kritisch urteilen.** Gleichzeitig ist Medienkompetenz heute Grundvoraussetzung für sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg. Deshalb muss ein verantwortungsvoller und kompetenter Umgang mit Medien Bestandteil des Unterrichts sein. Unsere Kinder müssen in den Schulen besser auf Chancen und Risiken im Umgang mit digitalen Medien vorbereitet werden. Der Vermittlung von Fähigkeiten und Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien gewinnt zunehmend an Relevanz. Der Schule kommt bei der Vermittlung dieser Kompetenzen eine tragende Rolle zu. Denn das Aufwachsen in einer technologisch geprägten Welt führt nicht automatisch zu kompetenteren Nutzern. **Dafür müssen nicht nur die Schulen entsprechend ausgestattet sein, vielmehr müssen auch die Lehrerinnen und Lehrer auf die Vermittlung von Medienkompetenz vorbereitet werden.** Bei der Medienbildung in den Schulen handelt es sich nicht um ein eigenes Unterrichtsfach, sondern um eine Querschnittsaufgabe. Dies erschwert die Festlegung von Bildungsstandards, die sich in der Regel auf konkrete Fächer beziehen. Umso wichtiger ist es, auf Länderebene – bezogen auf die einzelnen Schulformen und die relevanten Fächer – einheitliche **Standards (Regelstandards) für die Medienbildung zu formulieren und diese in den Lehr- und Bildungsplänen zu verankern.**

LINKE

Der Umgang mit digitalen Medien von Handy, Smartphone, Tablet, Laptop über Internet, Computerspielen bis hin zu sozialen Netzwerken gehört für die meisten Schülerinnen und Schüler heute zu ihrem Alltag, allerdings nicht unbedingt im Unterricht. Mit der Einführung eines Basiscurriculums Medienbildung wurde der von Medien – analog und digital – beeinflusste Alltag der Schülerinnen und Schüler aufgegriffen. In allen Fächern und fächerübergreifend und in allen Schuljahrgängen gilt es, diese Alltagserfahrungen aufzugreifen und als dauerhaften, pädagogisch strukturierten Prozess zur Entwicklung von Medienkompetenz zu gestalten und zur Entwicklung neuer individueller und kollaborativer Lernformen zu nutzen. Kreativer Umgang und kritische Auseinandersetzung mit der interessengeprägten Medienwelt und mit den sich rasant entwickelnden Medientechnologien gehören ebenso dazu wie sich den Herausforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit zu stellen.

Dass inklusive Lernen im Rahmen des Unterrichts mit digitalen Medien muss konzeptionell unterfüttert werden. Best-Practice-Projekte verstetigt werden, um nachhaltige Erfolge zu ermöglichen und auszubauen.

Außerschulische Partner sehen wir als Bereicherung an, sehen aber die Zusammenarbeit mit Unternehmen kritisch, insbesondere die Abhängigkeit von bestimmter Hard- und Software. **Vielmehr muss auf Open Source gesetzt werden. Wissen und Programme, die mit öffentlichen Geldern erstellt wurden, müssen auch unter freien Lizenzen genutzt werden können.**

SPD

Die Berliner SPD wird in der nächsten Legislaturperiode dafür sorgen, dass eine einfache, unbürokratische Umsetzung der digitalen Grundausstattung für alle Schulen möglich ist. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Ganztagschule legen. Neben der Infrastruktur brauchen wir auch eine bessere Koordinierung des Unterrichts selbst. Wir brauchen Lehr- und Lernmaterialien für inklusive, ganzheitliche Bildung. Auf einer Open-Source-Plattform, die bereits durch den Digitalpakt beauftragt und finanziert ist, sollen künftig Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte für alle zugänglich sein: offen, dezentral, sicher und vernetzt. Notwendig ist darüber hinaus ein System, das die Qualität der eingestellten Medien auf solchen offenen Plattformen prüft und sichert. Wir werden die Entwicklung datenschutzkonformer intelligenter Lehr- und Lernsoftware unterstützen.

- (4) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die landesweite Ausstattung mit W-Lan und Breitbandnetz an allen Berliner Schulen, eine nutzerfreundliche und datenschutzkonforme Schulcloud und deren Support sowie eine mediendidaktisch und medienpädagogisch sinnvolle Anwendung digitaler Medien an Schulen sicherzustellen?

FDP

Die Pandemie hat die Defizite in der Berliner Bildungslandschaft deutlich gemacht. Als die FDP 2017 mit dem Slogan „Digital first – Bedenken second“ in den Bundestagswahlkampf gezogen ist, wurde sie belächelt und kritisiert. Schon zu Beginn der Pandemie hat die FDP im Mai 2020 sich zum Thema in Erinnerung gebracht und gefordert die richtigen Schlüsse für das „Lehren und Lernen aus und nach der Corona-Krise“ zu ziehen:

„Zur Rückführung des auch jenseits von Krisenzeiten auftretenden Unterrichtsausfalls sind umgehend konkrete Pläne und pädagogische Konzepte zur künftigen virtuellen Beschulung zu erstellen. (...) Durch web-basierte Anwendungen mit menschlicher Interaktion und Blended-Learning-Systemen wird es möglich, auf individuelle Voraussetzungen und Begabungen einzugehen, aber auch Lernkontrollen und andere für den Lehrbetrieb wichtige Feedbacksysteme weiterhin zu stärken. So können Potentiale genutzt werden, **Präsenzzeiten mit Online-Anwendungen zu kombinieren.** Um einer zunehmenden Chancendiskrepanz vorzubeugen, sind **altersadäquate Lernformate zu etablieren, die Kinder und Jugendliche auch ohne Hilfe selbständig nutzen können.** Diese Maßnahmen sind fortlaufend **pädagogisch zu evaluieren.** (...) Berlins Lehrerinnen und Lehrer sollen ein Konferenz- und Austauschtool auf Ebene der Schulen und der landesweiten Fachebene erhalten, um

datenschutzkonform und leistungsrechtssicher miteinander kommunizieren können. (...). Allen Lehrerinnen und Lehrern, Erziehern und Sozialarbeiterinnen der Schulen, insbesondere aber auch den Schulleitungen und Sekretariaten soll mobiles Arbeiten ermöglicht werden. (...)

Zudem soll der Senat Ideen und Richtlinien entwickeln und vorstellen, wie Leistungsbewertungen auch online vorgenommen werden können. (...) Die Schulen sind in die Lage zu versetzen und zu verpflichten, eine dem Lehrplan entsprechende (virtuelle) Beschulung für alle Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten, um den Unterrichtsausfall sukzessive inhaltlich zu minimieren. (...)

Der Senat muss in der Kultusministerkonferenz auf ein **beschleunigtes Verfahren zur Freigabe von in einzelnen Ländern erfolgreich eingesetzten als „KMK-geprüften“ digitalen Lernmitteln und -inhalten hinwirken.** Dazu sollen die vielfältigen Erfahrungen mit entsprechenden Angeboten, die während der Schulschließungen zum Einsatz eingekommen sind, abgefragt und deren pädagogische Funktionalität bewertet werden. **Den Schulen, Schülerinnen und Schülern soll dem Rahmenlehrplan entsprechendes Lehr- und Lernmaterial online zur Verfügung gestellt werden (z.B. Materialien aus Open Education Resources, Zugänge zu Lernplattformen, digitalen Angeboten der Schulbuchverlage).** (...)

Dem Lernraum Berlin sind auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme der aktuell durchgeführten virtuellen Beschulung in Berlin schnellstmöglich die personellen und technischen Ressourcen bereitzustellen, um den Bedarf aller Berliner allgemeinbildenden Schulen decken zu können. (...)

Die Weiterentwicklung des Lernraums ist deutlich zu beschleunigen und transparenter zu gestalten, damit Nutzer leicht Verbesserungsvorschläge einbringen und diese dann zeitnah umgesetzt werden können. Gefordert ist eine zentrale Zuständigkeit für die elektronische Infrastruktur der öffentlichen Berliner Bildungslandschaft aus einer Hand, eine Art „Digitalisierungsbüro“, mit Anbindung an ein ertüchtigtes Dienstleistungszentrum für die Informationstechnik (ITDZ). (...)

Die Steuerung aller dezentralen Maßnahmen des Digitalen Lernens in Berlin braucht eine kompetente Taskforce mit einer klar identifizierten Ansprechperson, auch für die medienpädagogische Strategie als Führungskraft und Verantwortungsträger. Wir fordern, dass die technischen Kapazitäten des Lernraums Berlin für alle Schülerinnen und Schüler ausgeweitet werden, sodass durchgehend ein stabiler digitaler Unterricht für alle gewährleistet ist. Ggf. müssen andere schulspezifischen Angebote für Lehrende und Lernende geschaffen werden. Es soll eine Liste von Lernplattformanbietern erstellt werden, aus der sich die Schulen je nach Schulprogramm und Praktikabilität einen Anbieter frei aussuchen können.

Bündnis90/Die Grünen

Nach hartnäckigem Kampf auf Landesebene und dank der Unterstützung durch den Bund sind wir bei der digitalen Grundausstattung endlich auf einem guten Weg. **Alle Schulen werden – nachzeitigem Zeitplan bis 2025 – einen Glasfaseranschluss erhalten** und auch die Versorgung mit leistungsfähigem WLAN ist auf den Weg gebracht. Dem schulischen Personal sowie allen Schülerinnen und Schülern soll ein eigenes Endgerät zur Verfügung stehen. Entsprechend muss auch der **Support durch IT-Administratoren verstärkt werden.**

Den Schulen stehen mit dem Lernraum Berlin sowie mit its.learning zwei Lernmanagementsysteme zur Verfügung. Bei Lernplattformen soll eine Auswahl erhalten

bleiben und die Schüler*innen sollen perspektivisch mit unterschiedlichen Systemen und Herstellern in Berührung kommen. **Die Senatsverwaltung für Bildung wird zukünftig eine Zusammenstellung daten- und jugendschutzkonformer Bildungsmedien erstellen, die im Austausch mit den Schulen regelmäßig aktualisiert wird.**

CDU (Frage 4 und 5)

Unsere Kinder wachsen in einer Welt auf, die zunehmend vernetzt und digital ist. Der richtige Umgang mit digitalen Angeboten muss daher schon im Kindesalter erlernt werden. Nur so werden unsere Kinder zu gesellschaftlicher Teilhabe befähigt und auf das Arbeitsleben von morgen vorbereitet. Der souveräne Umgang mit Technik und digitalen Lerninhalten gehört im 21. Jahrhundert ebenso zu guter Bildung wie fundiertes Wissen um die Möglichkeiten und Risiken digitaler Techniken. In den nächsten Jahren müssen wir deshalb vor allem einen Schwerpunkt darauflegen, die Schulen fit für die Digitalisierung zu machen, um die jungen Menschen auf ihr Berufsleben im digitalen Zeitalter vorzubereiten. **Grundvoraussetzung ist, dass alle Schulen über schnelles Internet verfügen. Dazu werden wir in einem ersten Schritt alle Berliner Schulen, Berufsschulen und Volkshochschulen so schnell wie möglich an das Breitbandnetz anschließen.** Allein die Einrichtung der digitalen Infrastruktur an unseren Schulen sorgt jedoch noch nicht für besseren Unterricht und digitale Bildung. **Erst wenn die drei Faktoren pädagogisches Konzept, gut ausgebildete Lehrkräfte und zeitgemäße Ausstattung der Schulen ineinandergreifen, kann die Digitalisierung unserer Schulen gelingen** und für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen einen echten Mehrwert haben. Digitale Teilhabe muss für jeden Schüler und jede Schülerin in Berlin gewährleistet sein. Um digitale Spaltung zu vermeiden, müssen wir allen Kindern und Jugendlichen eine vernünftige digitale Grundbildung zukommen lassen. Diese ist eng mit Medienkompetenz verknüpft und beinhaltet den sicheren, verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit digitalen Medien und Programmen. **Deshalb müssen alle Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte entweder ein eigenes digitales Endgerät besitzen oder ein Leihgerät erhalten, um am digitalen Unterricht teilnehmen zu können. Wir werden eine einheitliche Berliner Schulcloud für alle Schulen in Berlin bereitstellen, die virtuelles Lehren und Lernen ermöglicht.** Die neue Berliner Schulcloud muss datenschutzrechtlichen Standards entsprechen und somit eine sichere Datenschutzzlage für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern bieten. **Zugleich werden wir dafür sorgen, dass virtuelles Lehren und Lernen zum festen Bestandteil der universitären Ausbildung von Lehrkräften gemacht wird und hierfür das Curriculum entsprechend anpassen. Darüber hinaus fordern wir die verpflichtende digitale Fortbildung für alle Lehrkräfte, die mit dem Erwerb eines Digital-Führerscheins abgeschlossen werden soll.**

LINKE

Alle Schüler:innen brauchen digitale Endgeräte wie Laptops, sie sind Teil des Existenzminimums und sollten im Rahmen von Transferleistungen finanziert werden. Die rot-rot-grüne Koalition hat innerhalb eines Jahres 50.000 Geräte an Schüler*innen ausgegeben, die sie sich aufgrund von Armut nicht leisten können. Gegenwärtig erhalten auch die Lehrkräfte endlich einen Computer. mit Mailadressen und Chatmöglichkeiten. **Allerdings**

sollte unter Einbeziehung der Personalräte die nutzbare Software erweitert und weitere notwendige Anpassungen vorgenommen werden.

Wir wollen den nicht kommerziellen Lernraum Berlin als Open-Source-Plattform bedarfsgerecht modernisieren und weiterentwickeln. Der Lernraum muss besser auf den Masseneinsatz vorbereitet werden und braucht eine entsprechende Administration. Chat- oder Videofunktionen können datenschutzgerecht implementiert werden.

Wir wollen, dass die Bildungsverwaltung in Absprache mit der Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit eine Positivliste guter Software entwickelt und als Unterstützung für die Lehrkräfte und Schulleitungen zur Verfügung stellt sowie bei der Beschaffung unterstützt.

Bei der Ausstattung von Schulen mit digitalen Geräten sollten nachhaltige Beschaffungskriterien verpflichtend sein.

Erst jetzt hat das ITDZ die Breitbandanbindung aller Schulstandorte ausgeschrieben. Da das viel zu spät ist, wurde den nicht angeschlossenen Schulen mobiles WLAN zur Verfügung gestellt. **Der Anschluss der Bildungseinrichtungen und zugehörigen Gebäude an Breitbandnetze (mindestens 1 GBit) muss im Rahmen einer Taskforce aus Land, Bezirken und IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) beschleunigt werden – auch dort, wo keine Sanierung ansteht.** Die Digitalisierung der Schulen darf nicht zur weiteren Zersplitterung der Berliner IT-Landschaft führen, sondern muss sich in das eGovernment-Gesetz einpassen.

SPD

Um die Schulen in ihrer Eigenständigkeit bei der Beschaffung, Instandhaltung und den Umgang mit Hard- und Software zu unterstützen, setzen wir ergänzend auf einen landeseigenen Dienstleister für Digitale Bildung in Berlin. Damit die Digitalisierung der Schulen gelingt müssen drei Perspektiven berücksichtigt werden. Erstens müssen die Rahmenbedingungen, insbesondere die Anbindung der Schulen an das Glasfasernetz gewährleistet sein. Zweitens müssen wir die Voraussetzungen für digitalen Unterricht in den Schulen schaffen. Dazu braucht es WLAN, und ein passives Netz. Drittens braucht es einen zentralen Dienstleister, der die Schulen bei der Beschaffung, Instandhaltung und den Umgang mit Hard- und Software unterstützt. Wir wollen zudem sowohl datenschutzrechtskonforme und nutzerfreundliche Lernplattformen selber bereitstellen und zugleich die Freiheit der Schulen bewahren sich im Rahmen ihrer Eigenständigkeit für andere Lösungen zu entscheiden. Dabei unterstützen wir sie in einer datenschutzkonformen Umsetzung. Neben einer leistungsfähigen Infrastruktur ist ein nachhaltiges Gesamtkonzept für digitale Bildung erforderlich. So muss das Fach Informatik als Teil der Allgemeinbildung angesehen werden. Daher sollten allen Schüler:innen im Rahmen des obligatorischen Informatikunterrichts Grundlagen im Umgang mit Standardsoftware (Textverarbeitung, Präsentation, Tabellenkalkulation, E-Mail, Bildbearbeitung etc.) vermittelt werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass relevante Aspekte der Medienerziehung, welche in den Rahmenlehrplänen aller geeigneten Schulfächer integriert wurden, auch im Unterricht endlich umgesetzt werden. Dabei sollen adäquate Methoden der Beschaffung und Nutzung valider Information und des Umgangs mit Quellen vermittelt werden. Schüler:innen sind für Aspekte wie Persönlichkeitsrechte, Urheberrechtsverletzungen und eine kritische Auseinandersetzung mit Falschmeldungen zu sensibilisieren. Ziel muss es sein, sie zu einer anforderungsgerechten und rechtskonformen Arbeitsweise zu befähigen. Auch die Gefahren des Cybermobbings und die Bedeutung des Datenschutzes sollten an geeigneter Stelle thematisiert werden. Der Schutz vor

Internetkriminalität, Trojanern und Viren ist zu behandeln. Zusätzlich muss an allen Schulen im Rahmen von Informatikkursen beispielsweise im Wahlpflichtunterricht über Grundlagen der SPD BERLIN 4 Anwendung von Standardsoftware hinaus die Möglichkeit bestehen, Grundkenntnisse der Programmierung zu erlernen. Darüber hinaus können die Schulen hierzu weitere Angebote etwa im Rahmen schuleigener Arbeitsgemeinschaften schaffen. Für den Unterricht ist der Einsatz freier Software besonders sinnvoll, da diese ohne Lizenzkosten von Schüler:innen genutzt werden kann. Um die geforderte Verbesserung der Medienkompetenz von Schüler:innen zu realisieren, müssen das Abgeordnetenhaus und der Berliner Senat die Voraussetzungen für eine entsprechende Befähigung der Lehrkräfte schaffen. Ferner sind den Bezirken die Mittel für die erforderliche Digitalisierung aller Schulen sowie für die notwendige technische Ausstattung der Unterrichtsräume zur Verfügung zu stellen.

- (5) Welche Pläne haben Sie zur Entwicklung eines pädagogischen Landeskonzpts zur Bildung in der digitalen Welt, in der es u.a. Aussagen über die Qualitätssicherung digitaler Lehr- und Lernmaterialien sowie die Umgestaltung der Berliner Schulen mit professionell betreuter digitaler Infrastruktur gibt? Gibt es dazu Ihrerseits bereits erfolgte Schritte?

FDP

Der Senat muss klare Vorgaben für weitere Digitalisierungsschritte an den Schulen formulieren und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit digitalen Formaten einfordern.

Wir fordern die Bereitstellung von rahmenlehrplankonformen, qualitätsgesicherten Tutorials, die über jeden Webbrowser abrufbar sind, zur Unterstützung der digitalen Transition. Lehrende im Berliner Schulsystem sollen für die Bereitstellung angemessen zusätzlich vergütet werden.

Wir setzen uns für neue Lern- und Erfahrungsräume ein, die digitales Arbeiten an und von jedem Ort als selbstverständlichen Teil des Schul- und Bildungsalltags verstehen Maßgeschneiderte Förderung und individualisiertes Lernen sind für uns die Leitbilder der digitalen Transformation.

Wir wollen Lehrkräfte entlasten, indem wir jeder Schule eine festangestellte IT-Fachkraft für den Digitalisierungsschub der Berliner Schulen zur Seite stellen

Der Senat muss in der Kultusministerkonferenz auf ein **beschleunigtes Verfahren zur Freigabe von in einzelnen Ländern erfolgreich eingesetzten als „KMK-geprüften“ digitalen Lernmitteln und -inhalten hinwirken.** Dazu sollen die **vielfältigen Erfahrungen mit entsprechenden Angeboten, die während der Schulschließungen zum Einsatz eingekommen sind, abgefragt und deren pädagogische Funktionalität bewertet werden.** Zudem soll der Senat Ideen und Richtlinien entwickeln und vorstellen, wie Leistungsbewertungen auch online vorgenommen werden können.

Die bildungsrelevanten Angebote von Fernsehsendern im deutschsprachigen Raum sind unter Wahrung der Verwertungsrechte zugänglich zu machen. Ihre Mediatheken sollen mit den Angeboten privater Dienstleister auf dem Markt des Online-Lernens in ein Shop-System

einfließen, aus dem sich Lehrende bedarfsgerecht zu Konditionen bedienen können, die durch die Bündelung der Nachfrage Preisvorteile erschließen. Ziel ist ein standardisiertes, modular nutzbares „Bildungsprogramm“, das ein Mindestangebot an Unterricht in den Kernfächern realisiert.

Bündnis90/Die Grünen

Viele der oben genannte Instrumente können Teil eines **möglichen Landeskonzpts** sein. Konkrete Schritte zur Systematisierung des Bereichs sehen wir außerdem a) in der mit der IT-Staatssekretärin zusammen entwickelten Zielarchitektur und der damit verbundenen **eindeutigen Klärung der Zuständigkeiten**; b) in den Handlungsrahmen für das neue Schuljahr sowie insbesondere den Fachbriefen zu den „Chancen digital gestützten Lernens mit Lernmanagementsystemen“, die für die einzelnen Fächer herausgegeben wurden. **Ein wichtiger noch fehlender Baustein ist das Herausarbeiten zentraler Digital-Kompetenzen von Lehrkräften zur Untersetzung eines Aus- und Fortbildungskonzepts.**

LINKE

Ein pädagogisches Landeskonzpt zur Bildung in der digitalen Welt ist eine notwendige Voraussetzung nicht nur für eine digitale Grundausstattung der Berliner Schulen, sondern auch für die Bereitstellung & Qualitätssicherung von Lehr- und Lernmaterialien. Dieses muss so schnell wie möglich entwickelt werden.

An jeder Schule müssen IT-Fachkräfte arbeiten, dafür hat die rot-rot-grüne Koalition die Voraussetzungen geschaffen. Allerdings müssen für IT-Admins die Stellen angemessen im öffentlichen Dienst eingruppiert werden. Darüber hinaus wollen wir eine feste Zuordnung von Admins zu Schulen, im Idealfall über Pools, sodass Vertretungen im Urlaubs- oder Krankheitsfall möglich sind.

- (6) Welche Maßnahmen streben Sie an, um die bestehenden Förderprogramme zur Verankerung von Medienbildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit auszubauen?

FDP

Die Aufklärung über Formen und Folgen von digitaler Gewalt, über den Umgang und die Einordnung von Inhalten „neuer“ Medien wollen wir stärken. Deshalb fordern wir analog zur Landeszentrale für politische Bildung eine Landeszentrale für digitale Bildung, Aufklärung über Cybermobbing und Onlinemissbräuche an Schulen, in Sportvereinen und an anderen Jugend- und Bildungseinrichtungen sowie eine verstärkte Forschung zu dem Thema an den Hochschulen.

Grüne

Wir haben bereits in der Vergangenheit beispielsweise die Mittel für die bezirklichen Medienkompetenzentren deutlich erhöht. In der derzeitigen unsicheren Haushaltslage lassen sich keine belastbaren Aussagen zum Ausbau von Förderprogrammen auf Landes- oder Bezirksebene machen. **Kürzungen zu verhindern ist zunächst das wichtigste Ziel, und**

dafür sind die von uns verabschiedeten Jugend- und Familienförderungsgesetze wichtige Pfeiler. Wir setzen darüber hinaus stark auf die Unterstützung des Bundes und den von unserer Bundesebene **geplanten Nationalen Aktionsplan Kinder- und Jugendbeteiligung**, der gleichermaßen die Mitmach- und Medienkompetenzen im Blick hat und auf eine nachhaltige Förderung am Querschnitt zwischen Kita-, Schule und Jugendhilfe zielt.

CDU

Die Einrichtungen der Kinder-, Jugend-, Eltern-, Erwachsenen- und Seniorenbildung sollten eng mit den Landesmedienanstalten zusammenarbeiten, um gemeinsam zielgruppengerechte Bildungsangebote zur Medienkompetenzförderung zu entwickeln.

LINKE

Leider hat sich hier in der zurückliegenden Legislatur nicht genügend getan. Deshalb gilt nach wie vor: Die Infrastruktur für die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit, die über Jahre kaputtgespart wurde, kann durch zeitlich begrenzte Landesprogramme nicht kompensiert werden. **Daher fordern wir LINKE zuerst, dass die Strukturen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut wird.** Dafür müssen **neue Formen der Finanzierung und allgemeinverbindliche Standards** entwickelt werden, die, so die Forderung der Partei DIE LINKE, **auch gesetzlich festgeschrieben werden müssen.** Zweitens müssen die Prinzipien der Kinder- und Jugendbeteiligung fest verankert werden. Kinder und Jugendliche sollen mehr Beteiligungsrechte erhalten, um demokratische Willensbildungsprozesse zu fördern. Dazu gehört aus LINKER Sicht auch, das Wahlalter weiter herabsetzen. **Kinder- und Jugendbüros müssen in die Regelfinanzierung.** Wir sind sicher, dass all diese Maßnahmen auch die Voraussetzung sind, um Angebote zur Medienbildung im außerschulischen Bereich zu sichern und auszubauen.

Medienbildung schließt für uns auch ein, den verantwortungsvollen Umgang mit den Medien, insbesondere mit den digitalen Medien zu lernen. D.h. unter anderem ein bewusstes Verbraucherverhalten zu befördern und zu lernen, sich in der Fülle der angebotenen Informationen zurecht zu finden. Es gilt auch, zu lernen, wie man die eigene Privatsphäre schützt und die anderer respektiert. Schließlich geht es auch darum, dass Suchtpotential richtig einzuschätzen. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang auch weiter dafür ein, dem Jugendmedienschutz mehr Gewicht zu geben und ihn wirksam zu reformieren.

Bezirksübergreifende Strukturen der Medienbildung in Berlin

Die durch den digitalen Wandel notwendigen Veränderungen in den verschiedenen pädagogischen Handlungsfeldern erfordern die Vernetzung und Beteiligung zentraler Akteure der Medienbildung in Berlin und den Ausbau medienpädagogischer Forschung und wissenschaftlicher Begleitung.

SPD

Auch Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Erziehungshilfefachverbände sowie die außerschulischen Bildungseinrichtungen in Berlin leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum staatlichen (Medien)Bildungsauftrag und müssen dementsprechend in die Digitalisierungsoffensive Berlins einbezogen und mit entsprechender Förderung gestärkt werden. Auf der Jugend- und Familienministerkonferenz haben sich die sozialdemokratischen Minister:innen dafür eingesetzt, den Fokus auf die Entwicklung von Digitalisierungsstrategien in der Kinder- und Jugendhilfe zu legen. Die SPD wird daran arbeiten, die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

- (7) Welche Maßnahmen schlägt Ihre Fraktion vor, um mehr Ressourcen für die bessere bezirksübergreifende Vernetzung medienpädagogischer Angebote zur Verfügung zu stellen?

FDP

Die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips bedeutet für die Berliner Schullandschaft, dass **Aufgaben, die bislang von den Bezirksverwaltungen wahrgenommen wurden, obwohl keine ausgeprägten lokalen Besonderheiten bestehen, auf Landesebene konzentriert werden.** Insofern sind die schulischen Angelegenheiten der Bezirke als Schulträger in einem **zentralen Schulamt zu bündeln, das die bezirkliche Schulaufsicht ersetzt.** Die Controlling- und Servicefunktion für den Bau, die **Ausstattung und die Unterhaltung der schulischen Infrastruktur übernimmt eine landeseigene Schulinfrastrukturgesellschaft.** Um die vom Rechnungshof immer wieder als unzureichend kritisierte Schulentwicklungsplanung zu verbessern, soll diese auf Landesebene gebündelt, standardisiert entwickelt und im Dialog mit den Bezirken wie auch Brandenburg gewährleisten werden.

Wir fordern die Nutzung der Expertise und der Leistungsdaten des wissenschaftlich anerkannten Instituts für Schulqualität (ISQ) an der Humboldt-Universität zum aktiven Fördern und Fordern der Schulentwicklung durch Verknüpfung des bereits eingesetzten Indikatorenmodells mit den Schulverträgen.

Die Senatsverwaltung für Bildung sorgt für die Bedarfsplanung, die Bildungsstandards und verantwortet das Budget der Berliner Bildungslandschaft. Sie ist Garant des Bürgerrechts auf Bildung. Dazu beaufsichtigt sie das Berliner Schulwesen, erstellt, evaluiert und entwickelt die Rahmenlehrpläne, stellt die Aus- und Fortbildung sowie die Akquise und Entwicklung des Schulpersonals sicher und regelt die Prüfungsordnungen. Sie stellt die Koordination und Kooperation mit anderen Bundesländern sicher, um Synergien zu identifizieren und zu nutzen, bundesweit vergleichbare Bildungsstandards zu gewährleisten und Nutzen aus dem Bildungsföderalismus zu ziehen, wenn es um Lerneffekte der Bildungsorganisation für Berlin geht. Die pandemiegetriebene Digitalisierung der Schulen muss verstetigt und optimiert werden, um deren Ertrag, Erfolg und damit Qualität zu entwickeln und zu sichern. **Dazu soll die Bildungsverwaltung Zeit-Maßnahmenpläne zur Deckung verbliebener Bedarfe bei Breitband, WLAN , Arbeitstechnik (z.B. zur Präsentation) und E-Mail-Anschriften für die**

Lehrkräfte, für die datenschutzkonforme und sichere Bildungsumgebungen (Lernplattformen, Portale, Bildungsserver) sowie die gezielte Qualifikation von Lehrkräften zur Nutzung dieser Infrastruktur ermitteln. Dabei gilt der Grundsatz: Die Kernaufgabe von Schulen und Kitas ist die Pädagogik, nicht die Bereitstellung und Wartung von technischer Infrastruktur.

Wir wollen den Schulen mehr Eigenverantwortung übertragen, um ihre schulinternen Herausforderungen entsprechend der Pofilbildung ihres Schulprogramms zu meistern. Schulen sollen eine attraktive Atmosphäre für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte bieten, die sie zu geschätzten Lehr- und Lernorten macht.

Wir wollen, dass sich Berliner Schulen frei entfalten können. Dazu brauchen sie mehr Eigenverantwortung bei der Umsetzung von Rahmen- und Haushaltsplänen sowie die Möglichkeit, ihr Personal selbst auszuwählen.

Jede Schule soll neben der Schulleitung eine Verwaltungsleitung bekommen. Diese „Schulmanager“ und „Schulmanagerinnen“ sollen die Lehrkräfte und die pädagogische Schulleitung von Verwaltungsaufgaben entlasten. Durch diese Trennung erreichen wir eine klare Fokussierung auf die jeweiligen Aufgaben und eine höhere Gesamtqualität in beiden Bereichen.

Im Rahmen ihrer Personalautonomie wollen wir es Schulen außerdem ermöglichen, schulspezifisch multiprofessionelle Teams aus pädagogischem Personal, Verwaltungspersonal, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Psychologinnen und Psychologen zu bilden. Wir wollen Schulen ohne Unterrichtsausfall mit einer möglichst fachgerechten Vertretung. Für diese Unterrichtsgarantie muss die Personalausstattung in allen Positionen der Zumessungsrichtlinie für pädagogisches Personal auf 110 Prozent angehoben werden, um den möglichst fachgerechten Vertretungsbedarf der Schulen zu decken.

Wir wollen die Lehrkräfte bei nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten, indem wir ihnen intelligente Software zur Identifikation, Dokumentation, und Erschließung von schulorganisatorischen Prozessen und Maßnahmen der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen. **Jeder Schule soll zudem ein festangestellter „IT-Hausmeister“ für den Digitalisierungsschub der Berliner Schulen zur Seite stellen. Denkbar sind dabei auch Modelle, bei denen sich ein „IT-Hausmeister“ um einen Schulverbund kümmert.**

Bündnis90/Die Grünen

Wir wollen das Medienforum Berlin mit seinem Bereich Medienforum Online Medien und seiner Zuständigkeit für die fachliche Unterstützung aller im Bildungsbereich Tätigen weiter stärken im Zusammenhang mit der bereits erwähnten **Neufassung des gesamten Fort- und Weiterbildungssystems.** Dabei wird zu klären sein, inwieweit **aktive Vernetzung aller Akteure zu seinen Aufgaben zählt. Dies etwa im Zusammenhang mit dem bisher ungeliebten Kind der Senatsverwaltung, der Runde Tisch Medienbildung, der eine viel stärkere Rolle spielen soll als bisher. Außerdem sollen die jeweiligen Rollen und**

Schnittstellen zwischen dem Runden Tisch und dem von der Senatorin neu eingesetzten Digitalisierungsbeirat geklärt werden.

CDU

Zukünftig sollten Schülerinnen und Schüler unabhängig Ihres Schul- und Wohnorts in Berlin in **bezirksübergreifenden Lerngruppen zusammen lernen können. Mit unserer neuen Berliner Schulcloud schaffen wir die Voraussetzung für einfache digitale Zusammenarbeit.** Diese Lerngruppen sollen von einer zentralen Stelle koordiniert werden und für verschiedenste Fächer zur Verfügung stehen.

LINKE

Diese Aufgabe muss im Rahmen der Haushaltsdebatte zum neuen Doppelhaushalt gelöst werden. Die Linke wird sich hierzu mit Vertreter*innen aus den Bezirken beraten und erwartet hierzu auch eine Schwerpunktsetzung für eine Beratung am Runden Tisch Medienbildung.

SPD

Um eine gleichberechtigte digitale und mediale Teilhabe für alle Berliner:innen zu ermöglichen, will die Berliner SPD in der nächsten Legislaturperiode verstärkt auf den Erwerb digitaler und medialer Kompetenzen achten. Dazu wollen wir die medienpädagogischen Angebote in den Bezirken stärken und für eine bessere Vernetzung der Angebote stadtweit sorgen. Gerade die Berliner Volkshochschulen sind ideale Orte, um Digital- und Medienbildung für alle Berliner zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir stärken deshalb die Qualität und Vielfalt der Bildungs- und Weiterbildungsarbeit der zwölf Berliner Volkshochschulen und legen einen Investitionsfonds Digitalisierung in der Erwachsenenbildung auf, der die Stärkung der digitalen Infrastruktur finanziert. Auch den barrierefreien Aus- und Neubau der Volkshochschulstandorte werden wir vorantreiben, um gute Bedingungen für lebenslanges digitales Lernen zu schaffen. Darüber hinaus errichten mit der vom Bund geförderten Sanierung und Entwicklung der Urania Berlin als „Berliner Haus für Bürgerbeteiligung, Wissensvermittlung, demokratische und digitale Bildung“ einen Leuchtturm für die Stadt und darüber hinaus. Das Haus stößt mit einem eigenen Programm und einem Kompetenzzentrum „Digitale Bildung“ Innovationen in der Erwachsenenbildung und Beteiligung an und treibt sie voran. Mit einem „Zukunftsfonds Digitalisierung“ unterstützen wir die Berliner Hochschulen und Wissenschaftsstandorte dabei, innovative digitalisierte Lehr- und Lernformen zu entwickeln und für die gesamte Stadtgesellschaft im Rahmen unserer Open-Access-Transformation für Berlin zugänglich zu machen.

- (8) Wie wollen Sie die Mitbestimmung zentraler Akteur*innen in der Entwicklung der Medienbildung in Berlin gewährleisten? Welche Rolle spielt dabei der Runde Tisch Medienbildung?

FDP

Wir setzen bei der weiteren Entwicklung der Medienbildung auf die Beiträge der kompetenten Kräfte aus Wissenschaft und Praxis. Der Runde Tische Medienbildung ist dabei ein wichtiges Forum des Wissensaustausches, wenn es um die Erstellung eines Konzepts zur Medienbildung von Kindern und Jugendlichen geht. Die Herausforderung bei breiter Beteiligung liegt stets darin, die Fülle der Anregungen einzuordnen, zu gewichten und in operativ umsetzbare Maßnahmenvorschläge zu führen. Hier konnte der Runde Tisch die in ihn gesetzten Erwartungen wohl wegen seiner nur wenigen Zusammentreffen noch nicht erfüllen.

Am Ende wird es für die Konzeption entscheidend sein, wie die Erkenntnisse sich im Dialog mit der Bildungsverwaltung und den Schulen in die Realität bringen lassen. Bis dahin setzen wir auf die Initiative und Kompetenz der Lehrkräfte in den Schulen, die schon in der Pandemie erstaunliche Beiträge zur Lösung von Problemen erbracht haben, noch ehe die Senatsverwaltung reagieren konnte.

In der von uns gewünschte vielfältigen Schullandschaft können „viele Blumen blühen“, die andernorts als Muster bester Praxis nachgeahmt werden können.

CDU

Der CDU ist immer daran gelegen, im Austausch mit Expertinnen und Experten mögliche Problemfelder zu erörtern und zu beraten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Diesen Austausch werden wir insbesondere in Regierungsverantwortung intensivieren, um zu garantieren, dass bereits frühzeitig Expertenwissen in die Entscheidungsfindung auf allen politischen Ebenen einfließt. Wir haben in der Vergangenheit bereits zahlreiche Fachgespräche mit allen Schulformen und Ihren Akteuren geführt – später dann auch digital. Selbstverständlich beabsichtigen wir diese **Form der Kommunikation auf Augenhöhe fortzuführen.**

LINKE

Der Runde Tisch Medienbildung muss sich nach Meinung der Linken inhaltlich neu aufstellen. Er ist personell gut besetzt, aber es braucht mehr Partizipation resp. demokratische Beteiligung. **Wir teilen die Forderung nach einem halbjährlichen Rhythmus mit rotierender Selbstorganisation und einer Tagesordnung, die nach den Vorschlägen der Teilnehmenden entwickelt wird, in der die Gewichtung der Themen abgestimmt wird und ein mittelfristiger Themenplan erarbeitet wird.**

SPD

Der runde Tisch muss zu einem funktionierenden Beratungs- und Entscheidungsvorbereitungsgremium weiter entwickelt werden um die Expertise aus der Praxis und der Wissenschaft in die Verwaltung zu holen.

7.9.2021, Michael Retzlaff für die AG Medienbildung der GEW